



Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Er erscheint wöchentlich am Samstag.
Zugpreis vierteljährlich 1 Mark.
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Für den Inhalt verantwortlich: A. Quitt.
Schriftleitung und Verlagsstelle: Stuttgart, Rätestraße 16 b II.
Fernsprecher: Nr. 8800.

Anzeigengebühr für die sechsgespaltene Kolonelleile:
Arbeitsvermittlung 1 Mark, andere Anzeigen 2 Mark.
Geschäftsanzeigen finden keine Aufnahme.

Arbeiter und Arbeiterinnen!

Der langandauernde Krieg lastet schwer auf allen Weibern; die Opfer sind gewaltig und an die Spannkraft des einzelnen im Felde und daheim werden hohe Anforderungen gestellt. Da ist es nur zu begreifen, daß Mißmut und Unzufriedenheit ausgelöst werden.

Diese Stimmung wird leider in unverantwortlicher Weise von einzelnen Leuten mißbraucht, die die Arbeiterschaft verlocken wollen, zu Mitteln zu greifen, die nicht im geringsten geeignet sind, die Last zu erleichtern, wohl aber den Druck zu steigern.

In anonymen Flugblättern, die im Laufe der letzten Monate in Partei- und Gewerkschaftskreisen verbreitet wurden, wird versucht, Haß und Mißtrauen gegen die von den Arbeitern selbst gewählten Vertrauensleute zu säen. Gegen Männer, die seit vielen Jahren an der Spitze der Organisation der deutschen Arbeiterklasse stehen, wird der Vorwurf erhoben, daß sie die sozialistischen Grundzüge preisgeben, die Beschlüsse deutscher Parteitage und internationaler Kongresse mißachten, Parteiverrat betreiben und anderes mehr.

Diese Verdächtigungen und wüsten Schimpfereien könnte man unbeachtet lassen, wenn nicht zugleich die Arbeiterschaft zu unbefonnenen Handlungen aufgefordert und gewissenlos die Propaganda für Streiks und Massenaktionen betrieben würde, für die die Gewerkschaften und die sozialdemokratische Partei jede Verantwortung ablehnen müssen. Durch die Beschlüsse des Mannheimer Parteitages vom Jahre 1906 ist ausdrücklich die Vereinbarung mit den Gewerkschaften getroffen, daß bei politischen Massenaktionen vorher eine Verständigung und Beratung mit dem Vorstand der Sozialdemokratischen Partei und der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands erfolgen muß. Wir konstatieren ausdrücklich, daß die sozialdemokratische Partei und die Leitung der Gewerkschaftsbewegung mit dieser Propaganda nichts gemein hat; sie ist das Werk einzelner. Wohin soll es führen, wenn die Arbeiterschaft Aktionen unternehmen würde, die von Unberufenen auf eigene Faust und zwecklos eingeleitet sind? Die Folgen solch unbefonnener Handlungsweise müßte jeder einzelne tragen; denn weder die Partei noch die Gewerkschaften könnten hier mit Unterstellungen eingreifen.

Wir halten es deshalb für unsere Pflicht, die Arbeiterschaft vor dem Treiben der im Dunkel der Anonymität wirkenden Protest- und Generalstreikapostel nachdrücklich zu warnen.

Die Einleitung von Lohnbewegungen und Streiks ist Aufgabe der zuständigen Gewerkschaftsorganisationen; sie tun zurzeit alles, um den berechtigten Forderungen ihrer Mitglieder Nachdruck zu verleihen. In der Lebensmittelversorgung bestehen außerordentliche Schwierigkeiten; wir haben nicht unterlassen, mit den uns zu Gebote stehenden Mitteln die hier auftretenden Mißstände zu bekämpfen. Unausgesetzt sind wir bemüht gewesen, die Leistungen der Fürsorge für die Arbeitslosen, die Kriegerverwunden, die Witwen und Invaliden zu verbessern.

Ablehnen müssen wir indes, Mittel in Anwendung zu bringen, denen von vornherein jeder Erfolg versagt ist. Deshalb haben wir auch sofort nach Verkündung des Kriegszustandes vor unüberlegtem Handeln gewarnt unter ausdrücklichen Hinweis auf die im Kriege geltenden Strafbestimmungen. Diese Warnung erneuern wir heute, wo mehr denn je kaltes Blut und ruhige Besonnenheit am Platze ist.

Gerade jetzt, wo an allen Fronten unsere Brüder im Waffenrock unter unglücklichen Opfern dem gewaltigen Ansturm der gegnerischen Massenheere standhalten müssen, wo kurz vor der Gennte die Lebensmittelversorgung die größten Schwierigkeiten bereitet, müßte jede unbefonnene Aktion verhängnisvoll wirken und vor allem die Arbeiterklasse selbst am schwersten treffen.

Wie bisher, so muß auch im Kriege die einheitliche Aktion der Arbeiterklasse aufrecht erhalten werden.

Das war die Stärke der sozialdemokratischen Partei und der Gewerkschaften, und diese wollen wir uns auch für die Arbeit nach dem Kriege erhalten. Wenn es ernst ist mit der deutschen Arbeiterbewegung, der weise diejenigen, die die Arbeiter zu törichtem Handeln verleiten wollen, mit aller Entschiedenheit zurück.

Wer das putschistische Treiben einzelner, jeden Verantwortlichkeitsgefühles barer Personen mitmacht oder andere dafür zu gewinnen sucht, der dient weder der Arbeiterbewegung noch der Sache des Friedens, sondern trägt eher zur Verlängerung des Krieges bei.

Unsere wichtigste Aufgabe ist aber die baldige Herbeiführung des Friedens. Dieser großen Pflicht sind sich die berufenen Körperschaften der Arbeiterbewegung bewußt und sind unermüdet bestrebt, sie zu erfüllen.

Arbeiter, steht tren zu euren Organisationen und weist alle Zersplitterungsversuche zurück!

Berlin, den 25. Juli 1916.

Der Parteivorstand.

Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

An unsere zum Militär eingezogenen Verbandsmitglieder!

Vielfach melden sich die vom Militärdienst zu gewerblicher Arbeit entlassenen, beurlaubten (reklamierten) oder abkommandierten Kollegen nicht wieder rechtzeitig beim Verband an. Diese Kollegen verlieren damit die durch ihre frühere Mitgliedschaft erworbenen Rechte.

Wir ersuchen alle vom Militär entlassenen, beurlaubten (reklamierten) oder abkommandierten Verbandsmitglieder, zur Wahrung ihrer Rechte sich sofort wieder bei ihrer zuständigen Verbandsstelle zu melden.

Nach § 5, Absatz 6, muß die Anmeldung beim Verband innerhalb vier Wochen nach Entlassung, Beurlaubung oder Abkommandierung zu gewerblicher Arbeit erfolgen.

Es wird allen diesen Kollegen dringend geraten, sich an die Ortsverwaltung ihres Aufenthaltsortes oder an den Vorstand um Auskunft zu wenden.

Mit kollegialem Gruß

Der Vorstand.

Arbeiterferien in der Kriegszeit.

In seiner Montags-Nummer vom 10. Juli 1916 berichtete der Berliner Vorwärts, daß am Samstag und Sonntag der Andrang zu den Bahnhöfen recht stark war. Die Ferienteilnehmer bildeten den größten Teil der Fahrgäste. Dazu bemerkt das Blatt, daß es bei der jetzigen Lebensmittelnappheit nicht leicht ist ein Reisegeld zu wägen. Viele fahren aufs Land zu Verwandten, wo sie glauben, etwas leichter sich ernähren zu können als in der Großstadt. Bessergeratete wählen sich Orte, wo es sich trotz aller Knappheit der Lebensmittel noch immer leben läßt, ohne sich allzugroße Beschränkungen aufzuerlegen.

Es tritt also auch in der Kriegszeit nicht nur das Ausspannen ein, das in der verflochtenen Friedenszeit auch den Arbeitern in einer von Jahr zu Jahr wachsenden Zahl ermöglicht wurde, sondern auch die gewohnte und beliebte Ferienreise wird wie ehemals in der „guten alten Zeit“ von zahlreichen Glücklichem ausgeführt. Unter den obwaltenden Umständen ist freilich die Ferientreise mit vielen Hindernissen verbunden, selbst im Inland, geschweige denn ins Ausland. So ist vom Generalkommando des 5. Armeekorps der Küstenstrich an der Nordsee, zwischen den Festungsgebieten von Cuxhaven und Westmünde für den Seebäderverkehr gesperrt worden. Davon wird die Arbeiterschaft allerdings weniger empfindlich berührt, denn Proletarier waren wohl auch früher nicht in großer Zahl die Kurgäste auf Nordsee, Rügen, Vorpommern, Helgoland etc. Dagegen mag auch sie mit getroffen werden von dem freundschaftlichen Abwinken aus der bayerischen Berge, wo die Ernährungsfrage ebenfalls das Tagesgespräch bildet, aber mit weniger schmerzlichen Gefühlen als ehemals.

Die in den Städten noch bei den Fleischhähnen Ägyptens sitzenden Bessergestellten holen sich noch nicht zum nötigen Verständnis für die Verhältnisse draußen im Reich durchgerungen. So schrieb ein Stabssekretär in Charlottenburg an den Inhaber eines Logierhauses in dem „Sommerfrischenden“ Schreiberhaus des Riesengebirges folgende wunderbare Postkarte:

„Sie ich mich als dringend Erholungsbedürftiger entschlief, eine an Zufuhr arme Gebirgsgegend als Erholungsort aufzusuchen, bitte ich noch um weitere gest. Mitteilung. Ich möchte dabei vorausschicken, daß sowohl ich als meine Frau aus Gesundheitsrücksichten vielerlei nicht essen, wie z. B. alle Kohlsorten (ausschließlich Kohlrabi, Grünkohl, Spinat), daß wir morgens Kakao oder gute Schokolade, in reiner Milch gekocht genießen möchten, daß wir sogenannten russischen Tee nicht trinken (zu Hause trinken wir Brombeerkaffee mit Waldmeister-Zusatz), daß wir in Berlin Sahne (dänische) erhalten haben. Es könnte die Befürchtung aufkommen, daß wir während unserer Kräftigungsurlaube in einer Gebirgsgegend weniger angemessen leben könnten als hier in Berlin. Ich gestatte mir folgende Fragen noch zu stellen: Ist gute rohe Milch zu erhalten (Sahne gibt es wohl nicht?) Können frische Eier gegen Bezahlung jederzeit verabsolgt werden? Kann man darauf rechnen, daß Fleisch als Delikatessen (Schinken, Hühner, Nussputz) abends regelmäßig geliefert werden kann? Wie oft wird in der Woche vegetarisch gegessen? (Erbilte Speisefolge der letzten Lage.)“

Mit vollem Verständnis für die tatsächlichen Verhältnisse bemerkt dazu der in Griesberg erscheinende Bote aus dem Riesengebirge:

Nähere Ausführungen zu dieser Karte sind wohl überflüssig. Nur eine Frage drängt sich noch auf: Welchem denn dieser Herr in Berlin jeden Tag Fleisch als Belag? — Nein, Fremde mit solcher Ansprüche können wir in diesem Kriegsjahre hier nicht gebrauchen. Auch jene nicht, welche uns hier die Preise unnötig verteuern. Viele Sommerfrischler machen regelrechte Faudzüge in die kleinen Wirtschaften und zahlen dort jeden Preis, oft viel mehr als der Erzeuger verlangt, ohne zu bedenken, daß sich in vielen Fällen beide Teile durch Ueberschreitung der Höchstpreise strafbar machen. Nun ist die Begehrtheit der Erzeuger natürlich schon groß genug — wenn sie künstlich auf diese Weise noch weiter gesteigert wird, so braucht sich gerade der Sommer-

frischler nicht zu wundern, wenn er in späteren Friedensjahren im Riesengebirge Preise findet, daß ihm die Augen übergehen.“

Das ist die andere Seite der unbefürmerlichen Begehrtheit wohlhabender Stadtleute. Auch wenn sie wirklich erholungsbedürftig sind, sollten die reichen Stadtleute das richtige Augenmaß zur Betrachtung und Beurteilung der Verhältnisse, für die Bemessung ihrer Ansprüche zu gewinnen suchen. Das geschieht am Sichersten, wenn sie über dem eigenen Ich nicht darauf vergessen, daß auch noch andere Leute, „Bollgenossen“, da sind, die ebenfalls essen und leben möchten.

Uebrigens hat sich der Charlottenburger Stadtbeamte nur in der Adresse geirrt, er hätte sich statt nach dem schlesischen Schreiberhaus nach dem böhmischen Marienbad wenden sollen, dort würde er für seine Wünsche mehr Verständnis und Entgegenkommen gefunden haben. Wie idyllisch es dort aussieht, läßt die folgende Schilderung der Berliner Zeitung erkennen:

„Der Weltkrieg stellt tatsächlich alle Dinge auf den Kopf. Früher ging man nach Marienbad, um sich zu entspannen, und heute größtenteils nur — zur Majkur. Während wir den Schmachtrienmen auch in der Sommerfrische enger ziehen müssen, ist die Verpflegung in Marienbad während dieser Saison in jeder Beziehung so reichlich wie einst im Frieden. Alle Lebensmittel sind in unbefränkter Menge vorhanden und die Preise sind — man staune! — wirklich preiswert. Eine Einschränkung des Verbrauches durch Karten ist nur bei Brot eingeführt, aber es gibt sogar sogenanntes „Kurgelbrot“ aus reinstem Weizenmehl. Alle anderen Lebensmittel: Fleisch, Butter, Milch, Eier usw. sind in beliebiger Menge im Freiverkehr käuflich. Für Kurgäste sind sogar die „fleischlosen“ Tage aufgehoben worden. Ebenfalls gibt es „fettlose“ Tage. Wollen Pensionen in die Wohnung kommen im Durchschnitt den Tag 7 bis 10 M. Die Speisekarten der großen Restaurationen weisen neben vielen anderen Gerichten noch über 20 verschiedene Fleischspeisen auf, die zu verhältnismäßig billigen Preisen erhältlich sind.“ Es werden dann verschiedene Gerichte aufgezählt, bei deren Erwähnung einem das Wasser im Munde zusammenläuft. Man sieht daraus: ob Entfettungskur oder Majkur, in Marienbad kann man beides haben, wenn man nur das nötige Geld dazu hat.“

Für Arbeiter scheidet Marienbad als Erholungsstätte aus, so schön und gesund es auch dort sein mag, und zwar für Proletarier wie für Bourgeois.

Aber wie ist es überhaupt mit dem Ausspannen der Arbeiter? Wir wissen nicht, ob und mit welcher Häufigkeit es ermöglicht wird. Aber das wissen wir, daß es die in den Werkstätten und Fabriken, in den Gruben und auf den Bauten verbliebenen Arbeiter und Arbeiterinnen in der Kriegszeit so nötig, ja noch nötiger hätten als in der Friedenszeit. Gerade die gegenwärtige Zeit mit ihren Aufregungen, Aufreibungen, Ueberanstrengungen und Entbehrungen macht den Erholungsurlaub zur dringenden Notwendigkeit, um für Körper und Geist eine neue Auffrischung und Kräftigung zu erlangen. Und die guten Folgen des zeitweiligen Ausspannens der Arbeiter kommen nachher der heutigen Kriegswirtschaft ebenso zugute wie der früheren Friedenswirtschaft.

Dabei ist dem Arbeiter schon mit dem zeitweiligen Ausspannen an sich eine große Wohltat erwiesen, er muß gar nicht erst in Seebäder und Sommerfrische, ins Gebirge oder sonstige Kurorte denken, zu deren Besuch ihm auch die nötigen Geldmittel fehlten. Der Arbeiter mit seiner Freude an der Natur nimmt seinen Ausflucht mit dem nötigsten und einfachsten Lebensbedarf auf den Rücken, den Stock in die Hand und wandert hinaus über Berg und Tal, Herz und Lunge gesundend und stärkend, das Gemüt mit neuen Eindrücken bereichernd und den Geist mit neuen Anregungen und Gedanken erfüllend.

Das ist des Arbeiters Saison und Sommerfrische, Kurort und Erholung, die ihm wirklich die gewünschte Hebung und Stärkung der Gesundheit, neue Lebenslust und Schaffenskraft bringen und einen neuen Menschen aus ihm machen.

Millionen Arbeitsbrüder in Uniformen sind auch draußen, zum Teil seit den zwei Kriegsjahren. Sie haben ein langes Ausspannen von der Arbeit nach der sie sich innigst zurücksehnen, um wieder schöpferisch statt als Zerstörer menschlicher Werke tätig sein zu können.

Nach zwei Kriegsjahren ist begreiflicherweise überall der Wunsch nach Ausspannen, nach Heimkehr zu den Lieben und zur altgewohnten friedlichen Arbeit vorhanden und so hat heute der Ruf nach Ausspannen allgemeinste und höchste Bedeutung. Natürlich nicht nur für die Deutschen, sondern auch für alle anderen Völker, denn in dieser Beziehung dürfte in den Massen überall das gleiche Denken, Empfinden, Wünschen und Streben vorhanden sein.

Unser Verband in der 101. und 102. Kriegswoche

Die Mitgliederbewegung und Arbeitslosigkeit in der 101. und 102. Kriegswoche ist aus den nachstehenden Tabellen ersichtlich. Trotz Mahnung hatten Berichte für die 101. Woche Werber und Bischofsberda und für die 102. Woche Senftenberg und Rempten nicht eingelangt. Für alle beide Wochen fehlen die Berichte aus Löbau, Sommerba, Stendal, Langernmünde, Urfen, Düren, Trier, Friedrichshafen, Lambrecht, Lörach, Oberndorf, Zweibrücken u. Lindau. Überblick über die Zeit vom 2. bis 8. Juli 1916.

No.	Berichtungszustand		Mitgliederzahl zu Anfang der Woche	Mitgliederabgang überhaupt	Davon zum Geze erbezogen	Mitgliederzahl am Schluß der Woche	Davon arbeitslos	Davon vom Ausland	Aufgaben für Arbeitslosenunterstützung
	richtig	nicht richtig							
1.	86	—	6148	74	24	6074	9	0,1	36
2.	30	—	4837	37	14	4800	12	0,2	187
3.	31	1	7425	52	22	7473	18	0,2	89
4.	51	2	85261	263	107	85004	176	0,5	879
5.	80	3	28984	277	144	28840	66	0,2	402
6.	42	1	26786	238	62	26548	36	0,1	197
7.	36	1	24216	203	42	24013	33	0,1	169
8.	27	1	10059	151	52	9908	33	0,3	221
9.	46	5	16895	127	58	16768	64	0,4	151
10.	89	1	19193	143	44	19050	44	0,2	1922
11.	1	—	80691	7862	81	62769	868	0,7	1873
Zus.	419	15	242470	9423	650	239048	1874	0,8	5556

* Einschließlich der im Laufe der Woche Zugereisten und Rekrutenkommunen.

Übersicht über die Zeit vom 9. bis 15. Juli 1916.

Table with 10 columns: Nr., Vermehrung, Abnahme, etc. It shows statistical data for the period from July 9 to 15, 1916.

31. 419 15 235506 2091 1140 233415 1850 0,8 7578

In der 101. Woche sind 1518 und in der 102. Woche 1499 Neuaufnahmen (außer Berlin) vollzogen worden. Für Berlin wurden für das 2. Quartal 1916 9300 Neuaufnahmen gemeldet...

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Um Ärztümer zu vermeiden und eine geregelte Beitragsleistung zu erzielen, machen wir hiermit bekannt, daß mit Sonntag dem 6. August der 33. Wochenbeitrag für die Zeit vom 6. bis 12. August 1916 fällig ist.

Alle für den Verbandsvorstand bestimmten Sendungen sind zu richten: An den Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Stuttgart, Kisteplatz 16, 1. Geldsendungen, die nicht auf das Postcheckkonto, sondern durch Postanweisung erfolgen, sind nur zu richten an: Theodor Breuer, Stuttgart, Kisteplatz 16, 1.

Berichte

Metallarbeiter.

Bremerhaven. Als im August 1914 der jetzt 2 Jahre tabende Weltbrand ausbrach, da hat wohl keiner der damals zu unserer Bekanntschaft gehörenden 4200 Mitglieder auch nur im entferntesten daran gedacht, zu welcher tief einschneidenden Wirkung auf unsere Organisation sich die Zeit gestalten würde. Heute sind 3000 Mitglieder der hiesigen Zahlstelle haben dem Ruine zur Fahne folgen müssen...

Wichtig wären. Nun sagt aber die Bekanntmachung vom März ds. Js.: Die Kriegsvorteiligung erhalten diejenigen, die einen vollen Monat gearbeitet haben. Da sollte man doch meinen, daß auch die Frauen, die einen Monat und länger arbeiten, ebenfalls ein Anrecht darauf hätten...

Gründ. (Schmab.). Unsere Verwaltungstelle hielt am 15. Juli eine Mitgliederversammlung ab. Nach dem Kassenbericht vom 2. Vierteljahr gab Kollege Becker einen Überblick über den Stand und die Verhältnisse unserer hiesigen Hauptniederlage. Dem Bericht liegen statistische Unterlagen zugrunde und diese zeigen uns die Industrie in ihrem bis 1905 genommenen Aufschwung und von ihrem Höhepunkt da an eingetretener Niedergang. Die Berufs- und Gewerbezahl von 1895 stellt 2700 beschäftigte Personen fest. Das Arbeits- und Handbuch für das deutsche Goldschmiedgewerbe spricht 1905 von 4500 Beschäftigten; dies wird als der Höhepunkt zu bezeichnen sein. Schon 1906, als sich die Folgen des Zolltarifs in sehr verderblicher Weise bemerkbar machten, begannen die Abwanderungen von Berufs- und Kollegen, die samt ihren Familien sich anderwärts eine Existenz suchten. Diese Abwanderungen erreichten größeren Umfang beim Eintritt der Krisezeit, die 1907 bis 1909 auf der Industrie lastete. Waren schon in regelmäßigen Zeiten die Lohnverhältnisse die denkbar ungünstigsten, so bewirkte eine schlechte Geschäftslage doppelte Last, daß viele die Heimat verließen. 1910 wurde die Industrie wieder etwas belebt und nachdem wir mit Erfolg eine Kolonialbewegung durchführten, schien es, als wollte etwas Beständigkeit wieder eintreten. Jedoch mit dem Zusammenbruch der Finanzreform wurden mehrere auswärtige Geschäftsverbindungen abgebrochen, und es kam wieder eine Zeit des Hungerns und Bangens. Um die Jahresende 1913/14 zählten wir auf Grund statistischer Aufnahmen noch 97 Betriebe mit 3426 beschäftigten Personen. Drei größere Betriebe waren eingegangen, die 200 Personen beschäftigt hatten, die übrigen haben die Arbeiterzahl vermindert. Bei Kriegsausbruch wurden alle Betriebe geschlossen. Nur vereinzelt waren noch Leute mit dem Auftrag arbeiten beschäftigt. Erst nach einigen Monaten wurden wieder Leute eingestellt. Der auftauchende Kriegsschmutz, der allmählich erwachende Bedarf am Inlandsmarkt und in den neutralen Ländern brachten es mit sich, daß bis heute nicht nur sämtliche Arbeitskräfte wieder tätig sind, sondern daß in vielen Betrieben über Zeit gearbeitet wird. Zwei weitere statistische Aufnahmen fallen in die Jahresende 1915/16 und in den Monat Mai. Während die erste uns 74 Betriebe mit 1542 Personen nennt, gibt die zweite 78 Betriebe mit 1616 Personen an. Was hier an männlichen Arbeitskräften fehlt, steht beim Weibe oder ist auswärts in der Kriegswirtschaft tätig, was an weiblichen fehlt, ist teils arbeitslos und bei anderen Beschäftigungsarten untergebracht. Von den bei Kriegsausbruch vorhandenen Betrieben haben 11 nicht mehr aufgemacht, während 12 ohne fremde Personen den geringen Arbeitsanfall selbst oder durch Heimarbeiter erledigen lassen. 3 oder 4 kleine Betriebe sind neu hinzugekommen. In Bezug auf unsere Vereinbarungen ist zu sagen, daß sie von einzelnen Unternehmern durchbrochen worden sind, indem ein Zuschlag für Ueberstunden verweigert wird. Auch wurde von zwei Firmen bekannt, daß sie in Lohnbruch machten. Dabei wäre es aber leicht, diesen Wenigen das Handwerk zu legen, wenn sich die Arbeiter ein wenig auf ihre Macht im Zusammenhang besinnen würden. So günstig wie zurzeit hat es für sie noch nie gekunden; die Gunst der Stunde verfehrt zu haben, wird die hiesige Arbeitererschaft noch in später Zeit bereuen. Wie notwendig könnten die Goldschmiede eine Leuzerungsgulage brauchen und wie günstig wäre jetzt die Gelegenheit sie zu bekommen. Aber völlige Gleichgültigkeit herrscht. Leuzerungsgulagen sind aus freien Stücken gegeben worden. Der Arbeitgeberverband hat seine Mitglieder unter Hinweis auf die hohen Lebensmittelpreise dazu aufgefordert. 24 Firmen sind der Aufforderung gefolgt, die Zulagen schwanken zwischen 2 und 4 %, Zulagen von 1, 5 und 6 % sind einzelne zu verzeichnen. Ein kleiner Teil der gebenden Firmen hat aber nicht allgemein, sondern nur bei den niedrigen Lohnsätzen und bei großer Kinderzahl zugelegt. — An diese Ausführenden Becker'sche Kapelle eine umfangreiche Aussprache. Dabei wurde die Lehrlingsfrage berührt und betont, daß namentlich die höhere Entlohnung der Lehrlinge nicht nur eine vorübergehende, sondern eine dauernde Steigerung erfahren müßte. Die Ortsverwaltung soll für die nächste Mitgliederversammlung eine ausgiebige Behandlung der Lehrlingsfrage vorbereiten.

Wala a. Rh. Am Sonntag, den 16. Juli hielt unsere Verwaltungsstelle eine gut besuchte Generalversammlung ab. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde der Vorsitzenden und Gefallenen gedacht. Die Zahl der gemeldeten Gefallenen ist auf 280 gestiegen. Dem Kassenbericht erstattete Kollege Eschweiler. Die Einnahmen der Hauptkassette betragen 20519,80 M., die Ausgaben 6878,89 M. Darunter befinden sich 2472,70 M. für Krankenunterstützung, 197,85 M. für Arbeitslosenunterstützung, 25 M. Sterbegeld und 175 M. besondere Anwesenheitsleistungen. An die Hauptkasse wurden 13560 M. gesandt. Die Einnahmen der Nebenkassette betragen 1037,15 M., die Ausgaben 1106,19 M. Die Ausgaben enthielten 570 M. für Sterbefälle der zum Heer eingezogenen Kollegen. Die Zahl der Neuaufnahmen betrug 185, sie war um 21 höher als im Vierteljahr vorher. Die Beitragsleistung ist mit 11,29 Beitrag auf das Mitglied um 0,6 Hundertsstel gegenüber dem Vierteljahr vorher zurückgegangen. Keiner erkrankte die vom Heer zurückkehrenden Kollegen um persönliche Wiederanmeldung, damit ihre Mitgliedschaft nicht verloren ginge, und wiez darauf hin, daß die Karenzzeit bei Krankheitsfällen seit 1. Juli von 14 auf 8 Tage herabgesetzt worden sei. — Dann nahm der Bevollmächtigte, Kollege Haas, zum Geschäftsbericht das Wort. Keiner fehlte aus: Die immer zahlreicher werdende Leuzerung habe endlich die hiesigen Metallarbeiter einmal aus dem Kriegsschlag aufgeschüttelt. Da die Unternehmer freiwillig der durchaus schwierigen Lage der Arbeiter nicht Rechnung trügen, seien die Arbeiter gezwungen gewesen, überall mit Forderungen vorzugehen. In Anbetracht der ziemlich geringfügigen Lohnsteigerungen während des Krieges mußten die Forderungen der Arbeiter über die Grenze der sonstigen Forderungen hinausgehen; es wurden durchweg 4 bis 30 v. H. Zulage verlangt. Erreicht wurde bei der Firma Humboldt (Abteilung I, II und V) für die Lohnarbeiter 3 bis 8 % die Stunde, für die Arbeiter in der Abteilung I durchschnittlich eine Erhöhung der Arbeitszeit um zehn Hundertsstel. In den beiden übrigen Abteilungen ließ das Ergebnis für die Arbeiter noch aus. Die Verdiensteigerungen während des Krieges betrugen nunmehr bis zu 20 % die Stunde. Der Höchstlöhndienst, der von einem gelehrten Dreher, Schloßer oder Formier in diesen Abteilungen, wo keine Gelegenheitshergestellt werden, erreicht wird, ist in einzelnen Fällen 1,10 M. In der Berlin-Anhaltischen Maschinenbau-A.G. in Magdeburg wurden Erhöhungen von 1 bis 10 v. H. erreicht. Auch dort betrug nunmehr der höchste Stundenlohn für Handwerker, die nicht an Maschinen arbeiten, 1,10 M. Da dieser Satz aber nur sehr selten erreicht wird, gleicht der Betrag noch wie vor einem großen Lohnzuschlag. In der Gasmaschinensabrik in Denaß werden für alle Arbeiter und Arbeiterinnen über 18 Jahren eine Zulage von 10 % die Arbeitsstunde, und für Lehrlinge und jugendliche Arbeiter bis zu 18 Jahren von 5 % gewährt. Die Verdiensteigerungen betragen nunmehr während der Kriegszeit bis zu 35 % die Stunde. Der höchste Stundenlohn für gelehrte Arbeiter ist 1,30 M. (eine Gehaltsarbeiter). In der Waggonfabrik von der Hagen & Charlier wurden erneut Zulagen von 2 bis 10 % die Stunde erreicht. Die Verdiensteigerungen während des Krieges

betragen bis zu 15 % die Stunde. Die höchsten Stundenverdienste erreichen einige Dreher mit 1,05 M. Sämtliche Schloßer bleiben unter 1 M. die Stunde. Die Waggonfabrik Herbrand gewährte nach einem kräftigen Vorstoß die erste allgemeine Zulage in der Höhe von 4 bis 7 % die Stunde. Die durchschnittlichen Lohn-erhöhungen betragen vorher 2 % die Stunde. Außer den Dreher und Schmiedern erreicht kein gelehrter Arbeiter 1 M. die Stunde. In wenigen Fällen erreichen die Schloßer (Kolonnenführer) mehr als 80 %. Der Direktor der Firma Wohlig N.-G. sagte erst eine allgemeine Zulage zu, nachträglich erklärte er aber, nach Prüfung der Lohnverhältnisse würden nur die Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen eine Zulage von 2 bis 5 % erhalten. Die übrigen Arbeiter, wie Schloßer, Dreher usw. verdienten ausreichend. Dabei erreicht von den Kolonnenführern sowie von den Dreher keine über 1 M. die Stunde. Daß der Direktor solche Ausprüche wagt, daran sind die Arbeiter selbst schuld. Seit über einem Jahr arbeiten die Dreher den Abend bis 9 Uhr und von Samstag zum Sonntag die Nacht durch. Die Schloßer arbeiten abends bis 8 Uhr. Wer so mit seinem Körper und mit seiner Familie Schindler treibt, hat sicher einen höheren Stundenverdienst nicht verdient. Bei der Firma Felten & Guillaume wurde versucht, die Abschlagslösung, die zu Beginn des Krieges wegen Personalmangels aufgehoben worden war, wieder einzuführen. Aber trotzdem die Arbeiter jetzt so notwendig jede acht Tage ihr Geld gebrauchen könnten und weibliches Personal genügend zu bekommen ist, lehnt die Firma die Wünsche der Arbeiter ab. Noch nicht abgeschlossen sind die Bewegungen bei der Firma Gebr. van der Zypen (Wissener Stahlwerk), Breuer & Schumacher, "Eletra", Stahlrohrfabrik, Welterwerk und Geiser Eisengießerei. Das Verhalten der Arbeiter ist in vielen Betrieben ein Gemisch aus Schicksal gegenüber den Bestrebungen der Organisation. Nicht allein, daß in vielen Fällen um Ueberstunden- und Nachtarbeit bei der Firma angehalten wird, nein, einzelne glauben auch noch, sie müßten besondere Liebesdienste erweisen, um nur ja eine günstige Stellung zu bekommen. Viele schämen sich nicht, in den Versammlungen für höhere Löhne zu stimmen, Kommissionen der Organisierten oder die Organisationsleitung zu beauftragen, die Forderungen zu stellen und zu vertreten, aber sich selbst der Organisation anzuschließen, lehnen diese Nachkollegen ab. Das Verhalten der Unternehmer sollte die Unorganisierten doch endlich belehren, daß sie auf dem falschen Wege sind und nur mit Hilfe einer guten Organisation wirkliche Erfolge erzielen können. Die Ergebnisse der angeführten Bewegungen beweisen, daß dort die Löhne am geringsten und die Zulagen am kleinsten sind, wo die Organisation den wenigsten Einfluß hat. In der Verhandlungsfrage handeln die Kölner Unternehmer nach den Angaben der Arbeiterzeitung: "Man kann uns nicht amuten, mit den Gewerkschaftsangehörigen zu verhandeln." Während des Krieges wird dieser Standpunkt sogar noch weit rückwärtsgerückt vertreten als vor dem Kriege. Einzelne Firmen, die in Friedenszeiten mit uns verhandelten, lehnen jetzt Verhandlungen ab. Die Firmen Herbrand, Geiser, Gasmaschinensabrik Denaß, Breuer & Schumacher und Berlin-Anhaltische Maschinenbau-A.G., antworteten nicht einmal auf die Eingaben der Arbeiterorganisationen. Die Direktoren der beiden letzten Firmen betonten ihren Arbeitern gegenüber sogar noch besonders, daß sie mit den Gewerkschaften nichts zu tun hätten. Der Direktor Zapp von der Firma Felten & Guillaume in Wülheim antwortete auf ein Schreiben der Organisationsleitung wie folgt: "Unsere Arbeiter stellen, sofern sie glauben, Anlauf zu beschreiben zu haben, die ihnen bekannten Wege innerhalb der Fabrikleitung offen, so daß sie also Ihre Vermittlung nicht bedürfen; wir lehnen solche Vermittlung grundsätzlich ab." Die Antwort sind die Organisationsleitungen dem Herrn nicht schuldig geblieben, und die Arbeiter des Karlsruher bestimmen ihre Vermittler nach wie vor selbst. Keiner erwähnte dann noch die Feigungsindustrie von Rheinland und Westfalen, die in einem Tarifvertrag mit dem Deutschen Metallarbeiter-Verband stehen und bis jetzt nur täglich 50 % Leuzerungszulage für verarbeitete und 25 % für ledige Arbeiter bewilligt hätten. Der Vorstand des Arbeitgeberverbandes verwies auf die schlechte Lage der Heizungsindustrie und hohen Unterstufungssummen, die für die Familien der im Felde stehenden Arbeiter aufgebracht wurden. Dabei trafen beide Gründe für keine der Kölner Firmen zu. Unterstufungen zahlte nicht eine einzige Firma und lohnende Kriegsaufträge hätten alle Firmen. Die Kölner Heizungsindustrie arbeitete fast alle in Pulverfabriken und müßten ihre Löhne mit Stundenlohnverhältnissen verdienen, wogegen die Firmen ungezähltes Geld einstufen. In einer der nächsten Branchenversammlungen würde der Schloßer über ein solches Gebahren mal etwas geklärt werden. Die gemeinsame Kundgebung der drei Metallarbeiterorganisationen habe die Wirkung gehabt, daß die größeren Betriebe ihre Arbeiterauschüsse zusammenriefen und diesen alle möglichen Versprechungen betreffs der Beförderung von Lebensmitteln und Fabriklichen machten. Mit diesen Versprechungen könnten sich die Arbeiter nicht zufrieden geben, sie verlangten kürzere Arbeitszeit und höhere Löhne, ganz besonders für die Arbeiterinnen. Klagen über schlechte Behandlung und Entlohnung der Kriegsbeschädigten mehrten sich in letzter Zeit sehr stark; es würde notwendig sein, daß darüber in nächster Zeit auch einmal ein ernstliches Wort geredet würde. Da sich jetzt schon solche Klagen häufen, ist für die Friedenszeit das schlimmste zu befürchten. Zum Schluß betonte der Kollege Haas, der diesmalige Bericht sollte für jeden eine Mahnung sein, auch in der jetzigen schweren Kriegszeit sei und treu zum Verband zu stehen und sein Alles einzusetzen, damit die Metallarbeiter nach dem Kriege nicht wehrlos den Maßnahmen der Unternehmer ausgeliefert sind. In der Walsprache wurden die Ausführungen des Berichterstatters von vielen Diskussionen bestätigt und ergänzt; ebenso die Klagen der Kriegsbeschädigten. Aus der Gießerei der Firma Humboldt sowie der Gasmaschinensabrik und der Dreherei der Firma Breuer & Schumacher wurde sogar über vorgenommene Abschlagszulagen berichtet.

Rohrleger.

Berlin. Im Berliner Rohrlegergewerbe besteht ein Tarifverhältnis, und zwar ist der Tarif im Jahre 1913 erstmalig wieder mit unserer Organisation abgeschlossen worden. Der Tarif lief am 1. April 1916 ab. Da jedoch beide Teile eine Aufhebung oder Aenderung des Vertrages nicht wünschten, lief er stillschweigend auf ein weiteres Jahr fort. Wir haben deshalb eine Aenderung nicht beantragt, weil uns die Zeit des Krieges nicht als eine gesunde Grundlage für Tarifverhandlungen galt. Die Unternehmer, denen seit längerer Zeit die Steigerung der Löhne im Rohrlegergewerbe nicht angenehm war, glaubten, diesen nach ihrer Auffassung unberechtigten Steigerung der Löhne entgegenwirken zu können, wenn sie für den Arbeitsnachweis im Rohrlegergewerbe bestimmte Einstellungslöhne festsetzten. Der Sacharbeitsnachweis für Rohrleger und Helfer ist ein Arbeitsnachweis des Arbeitgeberverbandes. Die Schlichtungskommission hat lediglich ein gewisses Aufsichtrecht. Bedeutend ist dieses Aufsichtrecht allerdings auch nicht. Nur hat der Arbeitgeberverband dem Beschluß gefaßt, daß der Einstellungslohn für Rohrleger 57 % und vom 4. August 90 % für Helfer 67 % und vom 4. August 70 % betragen soll. Die Firmen sollten verpflichtet werden, auf keinen Fall mehr diesen Einstellungslohn zu zahlen, besonders sollte in den ersten vier Wochen keine Erhöhung eintreten. Dieser Beschluß des Arbeitgeberverbandes verstoßte nach unserer Auffassung gegen den haren Wortlaut des Tarifvertrages, der in seinen §§ 4 bis 8 ausdrücklich nur von Mindestlöhnen spricht. Diese Maßnahme des Arbeitgeberverbandes, die durch nichts gerechtfertigt ist, hat die Rohrleger und Helfer veranlaßt, in einer großen Versammlung zu diesem Tarifbruch des Arbeitgeberverbandes Stellung zu nehmen. Als Antwort darauf haben die Rohrleger beschloffen, den Sacharbeitsnachweis zu sperren und zugleich sich gegenseitig zu verpflichten, künftig nicht unter 1 M. die Stunde als Rohrleger und nicht unter 85 % als Helfer zu arbeiten. Als dieser Beschluß unserer Kollegen bekannt wurde, haben die Unternehmer erkannt, welchen großen Fehler sie mit ihrem Einstellungslohn gemacht haben. Der Arbeitgeberverband hat darauf sofort seine Vermittlung in dieser Streitfrage angeboten. Obwohl nach dem Tarifvertrag für prinzipielle Streitigkeiten, die in der Schlichtungskommission nicht erledigt werden

